



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

18. Jahrgang / Nr. 102

Berlin, Sonnabend, 13. April 1963

Berliner Ausgabe / Einzelpreis 15 Pf

ZK begrüßt Parteitage von 4 Bruderparteien

An den XIV. Parteitag der KP Belgiens

Der Kampf der belgischen Kommunisten; der Vorhut des belgischen Volkes, findet die tiefe Sympathie und solidarische Unterstützung unserer Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der ganzen werktätigen Bevölkerung des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates, der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit wachsendem Erfolg mobilisiert die Kommunistische Partei Belgiens die Bevölkerung gegen die westdeutschen Militaristen, die mit Hilfe der EWG und mit Hilfe ihrer Militärstützpunkte die Hitlersche Invasion auf kaltem Wege fortsetzen und wiederum die Souveränität Belgiens und anderer Länder ebenso wie den Frieden in Europa auf das höchste bedrohen.

Unsere beiden Parteien, die an verschiedenen Kampfabschnitten stehen, eint nicht nur das gemeinsame Ziel und die gegenseitige brüderliche Unterstützung im Geiste des proletarischen Internationalismus. Uns verbindet vor allem der feste Wille, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus als entscheidende Voraussetzung für alle kommenden Erfolge unseres revolutionären Kampfes zu festigen.

An den XIII. Parteitag der KP Finnlands

Mit solidarischer Anteilnahme begrüßen die Bürger unserer Republik jeden Erfolg der Kommunistischen Partei Finnlands in ihrem Kampf um die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse und die Vertiefung des Bündnisses mit allen demokratischen Kräften. Dem konsequenten Eintreten der Kommunistischen Partei Finnlands für die Interessen des Volkes und für die Sache des Friedens ist es zu danken, daß es der Reaktion nicht gelingt, die gutnachbarlichen Beziehungen unseres Landes zur Sowjetunion zu stören, die ein leuchtendes Beispiel der friedlichen Koexistenz sind und zur Erhaltung des Friedens im Ostseeraum beitragen.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sehen in den finnischen Bruderpartei und in allen friedliebenden Menschen eurer Heimat treue Verbündete im Kampf gegen die Kriegsgefahr, die in Europa vom westdeutschen Imperialismus ausgeht und alle friedliebenden Völker, darunter auch das finnische Volk, bedroht.

Unsere beiden Parteien sind fest verbunden durch die Ideen des Marxismus-Leninismus, den proletarischen Internationalismus und die gemeinsamen Ziele und Beschlüsse der kommunistischen Weltbewegung. Wir sind zutiefst überzeugt, daß es den gemeinsamen Anstrengungen der Bruderparteien gelingen wird, ihre Einheit zu festigen und an das siegreiche Banner des Friedens und des Sozialismus neue große Erfolge zu heften.

An den XXVIII. Parteitag der KP Großbritanniens

Ihre Partei kann auf gute Erfolge blicken, die sie an der Spitze der britischen Werktätigen im Kampf zur Verteidigung der Lebensinteressen des Volkes gegen die reaktionäre Politik der Tories, gegen NATO- und EWG-Politik errungen hat. In diesen Auseinandersetzungen hat sich ihre Partei weiter gefestigt. Sie ist gewachsen und konnte ihren Einfluß im Land, besonders in den Betrieben, bedeutend stärken.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik verfolgen mit solidarischer Anteilnahme den Kampf der britischen Bruderpartei gegen die Atomstrategie, gegen ausländische Militärstützpunkte der USA und der westdeutschen Militaristen und für Frieden und Fortschritt.

Für unseren gemeinsamen Kampf um die Zurückdrängung der aggressiven imperialistischen Kräfte und für die Verteidigung des Friedens ist die Einheit der kommunistischen Weltbewegung von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb tritt unsere Partei unbeirrt und konsequent für die Festigung der brüderlichen Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung ein.

Teure Genossen, möge Ihr Parteitag dazu beitragen, daß sich die Kommunistische Partei Großbritanniens im Kampf um die Verteidigung der Interessen des britischen Volkes auf das engste mit den Werktätigen verbindet und erfolgreich eine neue Etappe im Kampf um Frieden und Sozialismus in England beschreitet.

An die Nationalkonferenz der KP Neuseelands

In den letzten Jahren konnte eure Partei ihre Reihen weiter festigen und neue Erfolge erringen. Unermüdet tritt sie für die Rechte der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Neuseelands ein und verteidigt sie gegen die Anschläge der Monopole. In eurem Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus steht die werktätige Bevölkerung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates ebenso wie unsere Partei solidarisch an eurer Seite.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die auf dem VI. Parteitag ihren unerschütterlichen Willen zur Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung bekundet hat, ist fest überzeugt, daß sich ihre brüderlichen Beziehungen zur Kommunistischen Partei Neuseelands zum Wohle unserer beiden Völker erfolgreich weiterentwickeln werden.

Wir wünschen euch viele neue Erfolge bei der Stärkung eurer Partei und beim Zusammenschluß der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte unter dem Banner des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts.

Es lebe die feste Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien in der Welt!

KOMMUNIQUE der 2. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Vom 10. bis 12. April tagte das Zentralkomitee unter Teilnahme zahlreicher Gäste aus Partei, Staat, Volkswirtschaft und Wissenschaft. Den Bericht des Politbüros über die Durchführung der Beschlüsse des VI. Parteitages erstattete Genosse Erich Honecker. Der Bericht wurde einstimmig bestätigt.

Genosse Walter Ulbricht referierte über „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung“. Genosse Prof. Dr. Lothar Berthold er-

stattete den Bericht über die sich aus der seit dem 16. Plenum des ZK öffentlich geführten Diskussion ergebenden Änderungsvorschläge zum Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

In der Diskussion sprachen insgesamt 27 Genossen. Das Plenum beschloß einstimmig, das Referat des Genossen Ulbricht und den Grundriß der deutschen Arbeiterbewegung mit den vorgeschlagenen Änderungen zu bestätigen.

Keine Atomwaffen in die Hände der Bonner Militaristen

Stellungnahme der Regierung der DDR zur Note der UdSSR an die Westmächte

Berlin (ADN). Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat von den Noten der Regierung der UdSSR an die Regierungen der USA, Großbritanniens und der deutschen Bundesrepublik vom 8. April 1963 Kenntnis genommen und zu den darin aufgeworfenen Problemen bezüglich der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands folgende Stellungnahme abgegeben:

Von dem festen Willen geleitet, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den Frieden zu sichern und einen Atomkrieg abzuwenden, stellt die Regierung der DDR ihre völlige Übereinstimmung mit der Note der Regierung der UdSSR vom 8. April 1963 fest.

Vorschläge im Geiste des Friedens

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat seit langem konstruktive Vorschläge unterbreitet, beide deutsche Staaten aus der Atomaufrüstung herauszuhalten und mit der Abrüstung in Deutschland zu beginnen.

In diesem Geiste hat sie sich in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen bereit erklärt, auf den

Erwerb, die Herstellung und die Stationierung von Kernwaffen sowie auf die Erlangung der Verfügungsgewalt über diese Waffen unter der Voraussetzung zu verzichten, daß die westdeutsche Bundesrepublik den gleichen Verzicht ausspricht und Garantien für dessen Einhaltung schafft. Von dem gleichen Streben geleitet, hat sie dem 18-Staaten-Abüstungsausschuß der Vereinten Nationen in Genf in einer Denkschrift vorgeschlagen, daß beide deutsche Staaten einer kernwaffenfreien Zone beitreten und darüber hinaus sich zusätzlich zu einem Rüstungsstopp und einer Verminderung ihrer Streitkräfte und ihrer Bewaffnung verpflichten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist auch der Initiator des Planes, die allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten in Etappen unverzüglich durchzuführen, den sie bekanntlich der 15. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zuleitete.

Erst in jüngerer Zeit wieder ergriff die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik neue Friedensinitiativen. In einem Telegramm ihres Außenministers an die Kopräsidenten der Genfer Abrüstungskonferenz brachte sie ihren Willen zum Ausdruck, durch den Abschluß eines Abkommens der Vernunft und des guten Willens beider deutscher Staaten, das vor allem den Verzicht auf Gewaltanwendung und auf Kernwaffen sowie einen Rüstungsstopp und weitere Abrüstungsvereinbarungen vorsieht, alles Erdenkliche zu tun, um der Abrüstung von deutschem Boden aus den Weg zu ebnet.

Bei allen diesen Friedensschritten ließ sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon leiten, daß nach zwei Weltkriegen, die von deutschem Territorium ihren Ausgang nahmen, das deutsche Volk und die Regierungen beider deutscher Staaten in besonderer Weise, auch völkerrechtlich, verpflichtet sind, einen eigenen schöpferischen Beitrag zur Abrüstung zu leisten und beispielhaft voranzugehen. Nachdem Deutschland 50 Jahre Herd des Wettrüstens und des Krieges war, gebieten es die Vernunft und der Lebenswille unseres Volkes, daß Deutschland endlich eine Heimstatt der Abrüstung und des Friedens wird. Es ist die Deutsche Demokratische Republik, der deutsche Friedensstaat, der diese Verpflichtung in Wort und Tat zum Grundziel seiner humanistischen Politik erhoben hat.

Revanchismus – Gefahr für die Welt

Die konsequente Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik erlangt um so größere internationale Bedeutung, als die im Westen Deutschlands wieder zur Macht gelangten Militaristen, Revanchisten und Hitlergenerale in ihrem unbändigen Drang nach Kernwaffen nicht nur die internationale Atmosphäre erhitzten, das Wettrüsten anstacheln, die deutsche Friedensregelung und die Abrüstung torpedieren sowie den Graben zwischen beiden deutschen Staaten immer tiefer aufreißen, sondern vor allem eine tödliche Gefahr über das deutsche Volk und die Welt heraufbeschwören. Wenn die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Handzettel an alle Kumpel: Wer hat die besten Ideen?

Plandiskussion im Kalikombinat Werra in vollem Gange

Suhl (ND). Die Aussprache zur Plandiskussion 1964 ist im Kalikombinat „Werra“ in vollem Gange. Um alle Kumpel zum Mitplanen anzuregen, überreichte die zentrale Parteileitung den 8500 Bergarbeitern des Kombinats am Donnerstag einen Handzettel, der Auszüge aus dem Brief des ZK an alle Grundorganisationen der Industrie enthält. „Welche Gedanken und Anregungen hast du, Kumpel, um alle Hemmnisse, die der Steigerung der Produktivität an deinem Arbeitsplatz im Wege stehen, zu beseitigen?“ fragen Partei-, Gewerkschafts- und Werkleitung auf dem Handzettel.

Nach Schichtschluß am Donnerstag kamen aus der Grube II/III des Objektes „Ernst Thälmann“ bereits erste Hinweise. Ein vom Handzettel abgetrennter Schreibbogen enthielt sechs Verbesserungsvorschläge für den Bereich der Werkbahn. Grubenbetriebsleiter Helmut Brenn sagte: „Wir werden keinen Kalibergarbeiter entlassen. Främlen bekommt nur der Leiter, der die Vorschläge der Kumpel unterstützt.“

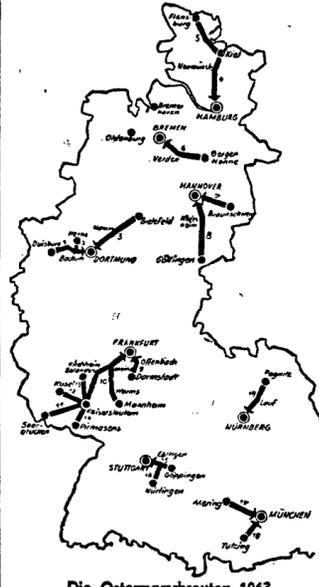
Abraumschulden beseitigt

Merseburg (ND/ADN). Am Donnerstag gelang es den Bergarbeitern, Baggerführern und Ingenieuren des Braunkohlenwerkes Großkayna, die Winterschulden im Abraum restlos zu beseitigen. Viele

Montage soll billiger werden

Schwedt (ND). Die Montagearbeiter der Taktstraße 11a und b, die auf der Großbaustelle Schwedt-Chemieanlagen installieren, haben sich Gedanken gemacht, wie die Montagearbeiten billiger ausgeführt werden können. So sollten Rauchgaskanäle, die in 22 bis 35 Meter Höhe in die mächtigen Schornsteine einmünden, erst nach der Montage mit einem Schutzanstrich versehen werden. Dazu wäre der Aufbau eines großen Gerüsts erforderlich. Ein Verbesserungsvorschlag der Montagearbeiter sieht vor, die Anlagenteile schon vor der Montage mit dem Schutzanstrich zu versehen. Dadurch werden Gerüstkosten von mindestens 20 000 DM eingespart. Die Arbeiter meinen, daß solche Ideen unbedingt in den Plan 1964 hineingehören.

Ostermarsch 1963



Die Ostermarschrouten 1963. Karte aus „Deutsche Volkszeitung“, Düsseldorf.

Auftakt in Bergen-Hohne und Göttingen

Polizei geht brutal gegen Atomkriegsgegner vor

Hannover (ADN/ND). Mit den Märschen von Bergen-Hohne nach Bremen und von Göttingen nach Hannover haben am Freitagvormittag die Ostermärsche 1963 der Atomkriegsgegner in der Bundesrepublik begonnen. Insgesamt 21 Marschreihen werden in ganz Westdeutschland Forderungen erheben, wie „Keine Atomwaffen auf deutschem Boden“ und „Unser nein zur Bombe ist ein ja zur Demokratie“.

Die Teilnehmer an den ersten beiden Marschreihen – die anderen Märsche beginnen am Sonnabend und Sonntag – wurden bei ihrer Demonstration gegen die Bonner Atomaufrüstung durch schikanöse Verbote der niedersächsischen Polizei behindert. Durch die Landesinnenminister Bennemann (SPD) den Beginn der Ostermärsche am Karfreitag völlig unterbinden wollte. Die Atomrüstungsgegner dürften nicht in geschlossener Kolonne, sondern höchstens zu dritt und nur ohne Fahnen und Transparente marschieren. Auch die Eröffnungskundgebung in Göttingen wurde untersagt.

Wasserwerfer gegen Engländer

Düsseldorf. 55 englischen Atomkriegsgegnern ist am Karfreitag in Düsseldorf gewaltsam die Einreise in die Bundesrepublik verweigert worden. Sie wurden an dem westdeutschen Ostermarsch von Duisburg nach Dortmund teilnehmen. Mit Wasserwerfern ausgerüstete Polizei ging auf dem Flughafen gegen die englischen Atomwaffengegner vor, die aus Protest gegen diese Schikane auf dem Zollgelände einen Sitzstreik durchführten. Weitere alarmierte Polizeikommandos schleiften die Streikenden einzeln zu den Passagieromnibussen des Flughafens. Vor dem Flugzeug wurden sie wiederum von den Polizisten herausgetragen und in den Passagierraum geschleppt.

Juri Gagarin kündigt neue Starts an

Moskau (ND-Korr.). Unser Land steht vor neuen Starts in den Weltraum. Schon werden noch vollkommene Raumschiffe geschaffen, die es ermöglichen, weitere Straßen ins Universum zu erschließen. Dies verkündete Juri Gagarin, Kosmonaut Nr. 1, am Freitag auf einer großen Kundgebung im Moskauer Kremel, die den Höhepunkt der Feierlichkeiten zum Tag der Kosmonauten bildete. An der Seite der Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU und führender Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Sowjetarmee nahmen, von den 6000 Kundgebungsteilnehmern stürmisch begrüßt, auch die Kosmonauten Titow, Nikolajew und Popowitsch teil. In bewegenden Worten dankte Juri Gagarin den Wissenschaftlern, Ingenieuren, Arbeitern und besonders Nikita Chruschtschow für die Förderung der Weltraumfahrt.

129 USA-Matrosen ums Leben gekommen

Atom-U-Boot-Katastrophe

Washington (ADN/ND). Das amerikanische Atom-U-Boot „Thresher“, das seit Mittwoch nachmittags im östlichen Atlantik überfällig war, wurde am Donnerstag amtlich als verloren bezeichnet. Die gesamte Besatzung von 129 Mann wurde in Washington offiziell für tot erklärt. Das ist, wie UPI schreibt, „die schwerste Katastrophe in der Geschichte der U-Boote“.

Das 1961 in den Dienst gestellte atomgetriebene U-Boot „Thresher“ war in den USA als „das modernste der Welt“ gepriesen worden. Das Unglück trat bei einem Tieftauchversuch ein und ist, wie offiziell angedeutet wurde, vermutlich auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen. Die amtliche Verlustmeldung erfolgte, nachdem an der Meeresoberfläche im Operationsgebiet des überfälligen U-Bootes Handschuhe und Plastikteile gefunden worden waren. Angesichts der Meerestiefe von 2600 Metern an dieser Stelle war jeder Versuch zur Rettung der Mannschaft von vornherein unmöglich.

Ein nationales Vorbild

Stellen Sie sich einmal vor, der Entwurf der „Großen Strafrechtsreform“ des westdeutschen Konzernstaates sei, bevor er zur Beschlußfassung ins Parlament geht, der breiten Öffentlichkeit zur freimütigen Diskussion unterbreitet worden. An 80 000 Versammlungen und Beratungen aller Art zu diesem Thema hätten zweieinhalb Millionen Bundesbürger teilgenommen, 300 000 davon hätten in der Diskussion Vorschläge gemacht und zahlreiche Fragen der Rechtspflege erörtert. 6000 schriftliche Vorschläge des verschiedensten Charakters seien eingereicht worden, und obendrein hätte man zur Teilnahme an den parlamentarischen Beratungen den Rechtsausschuß der Volkskammer eingeladen.

„Unmöglich“, werden Sie sagen, „so was gibt's doch nicht!“ Und man könnte sich denken, daß Sie sich dabei etwas drastischerer Redewendungen bedienen würden.

Tatsächlich, auf diese demokratische Art und Weise ist die westdeutsche „Reform“, die das schon seit 1871 bestehende reaktionäre Strafrecht noch verschärft, wirklich nicht zustande gekommen und könnte es auch gar nicht. Aber in der Deutschen Demokratischen Republik wurde auf diesem Wege der „Erlaß des Staatrates über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege“ vorbereitet, der nun der Volkskammer vorliegt. Und die 80 000 Veranstaltungen mit 2,5 Millionen Teilnehmern fanden in

Heute mit Beilage DIE GEBILDETE NATION und Funkprogramm

der DDR statt zu eben diesem Thema!

Darin zeigt sich, wie sehr die Grundfrage allen Rechtes und aller Staats-tätigkeit die Frage der Macht ist. Wer hat die Macht im Staate – das ist die alles entscheidende Frage für Recht und Gesetz, für Demokratie und jegliches gesellschaftliche Leben in unserer Zeit.

In der DDR haben die sozialistischen Produktionsverhältnisse endgültig gesiegt. Der umfassende Aufbau des Sozialismus hat begonnen. Hier gibt es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr und daher keine Spaltung der Gesellschaft in Herren und Knechte, in einander feindliche Klassen, von denen die herrschende Clique Staatsmacht, Recht und Gesetz zur Niederhaltung der Mehrheit des Volkes benutzt. Hier werden Recht und Staat vom Volke geschaffen und werden zum Mittel der Entfaltung der Kraft, der Talente und schöpferischen Fähigkeiten des arbeitenden Menschen selbst.

Gerade weil das Volk die Macht eroberte und die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern, die erste in der Geschichte des deutschen Volkes, an die Stelle des alten reaktionären imperialistischen Ausbeuterstaates setzte, ist bei uns eine unzerstörbare Einheit von Gesellschaft, Staat und Recht herangewachsen. Diese Einheit von persönlichen und gesellschaftlichen Interessen wird – bei aller Komplexiertheit und Vielfalt der Beziehungen des einzelnen zum Kollektiv – in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus zu einer gewaltigen geschichtsgestaltenden Kraft.

Der umfassende Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die als einzige in der Menschheitsgeschichte die Interessen des Volkes und seine Sehnsucht nach einem erfüllungsreichen Leben zu Zweck und Grundlage ihrer Existenz macht, braucht eine neue Stufe dieser Einheit von Recht und Volk, von Staat und Gesellschaft. Er braucht neue, höhere Rechtsprinzipien, die der Schöpferkraft des Volkes zum vollen Durchbruch verhelfen. Und so wurden in einer großen Volksversammlung – wie schon beim Gesetzbuch der Arbeit, bei der jährlichen Plan-aufstellung und in anderen Fällen – die neuen Rechtsgrundsätze von den werktätigen Menschen selbst beraten und ausgearbeitet, erst dann von den Staatsorganen, den Organen ihrer Staatsmacht sind, zu dem Recht und Gesetz erhoben worden.

So werden der Staatsratserslaß und sein Zustandekommen zu einem bahnbrechenden Dokument der ganzen Tiefe des Demokratismus und des Humanismus der sozialistischen Gesellschaft in der DDR.

Ausgehend von einer festen, unzerstörbaren Basis des Vertrauens zwischen dem werktätigen Volk und seinem Staate, ließ er dies wechselseitige Vertrauen noch mehr erstarken. Er erweitert die unmittelbare Teilnahme

(Fortsetzung auf Seite 2)



NAZIM HIKMET, Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates und türkischer Nationaldichter (im Foto rechts), besuchte am Donnerstag die Staatsgrenze der DDR am Brandenburger Tor. Im herzlichen Gespräch mit den Grenzsoldaten sagte er: „Der Woll ist ein wirksamer Schutz gegen Faschismus und Krieg. Man kann ihn nicht überwinden; und das, was man am allerwenigsten überwinden und besiegen kann, das seid ihr, die Soldaten und Offiziere, euer Bewußtsein und euer Herz.“ Foto: ZB/Hesse



10 000 METALLARBEITER demonstrieren am Mittwoch nach einem Warnstreik in Mannheim für ihre Forderungen und gegen den Druck der Unternehmer. Insgesamt beteiligten sich an diesem Tage 600 000 westdeutsche Metallarbeiter an den Aktionen. Foto: ZB/Telefoto